

# Stellungnahme

Eingebracht von: Orthner , Roland

Eingebracht am: 18.09.2020

---

Ich erhebe schwerste Einwände gegen diesen Gesetzesentwurf, der einerseits willkürlichen behördlichen Eingriffen, sogar unter Anwendung von Zwangsmitteln, Tür und Tor öffnet. Andererseits stellen die geplanten gesetzlichen Maßnahmen vollkommen unangemessene Eingriffe in die verfassungsmäßigen Grund- und Freiheitsrechte, insbesondere das Recht auf persönliche Freiheit, Recht auf Freizügigkeit der Person und des Vermögens, Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums, Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens sowie Recht auf Versammlungsfreiheit, dar. Darüber hinaus enthält der Gesetzesentwurf zahlreiche unbestimmte und unbegründete Gesetzesbegriffe, wie zum Beispiel "Verhinderung der Weiterverbreitung von Covid19 unerlässlich ist" (§1 Abs1, §5 Abs 1 etc. Covid 19 Maßnahmengesetz), "Auftreten von Covid19" (§3 Abs 1, §4 Abs 1 Covid 19 Maßnahmengesetz), "entsprechend der epidemiologischen Situation" (§4 Abs 2 Covid 19 Maßnahmengesetz).